

RATHAUSREPORT

Bilanzforderung nach fünf Jahren Landtagsbau „abgeblockt“

Keine Beschlussüberprüfung



Der Landtag hatte schon Richtfest – und wie weit sind die begleitenden Zusagen?

Wieder einmal als geschlossener Block präsentierte sich die Rathauskooperation in ihrer Ablehnung, als die LINKE einen Beschluss herbeiführen wollte, dass eine Bilanz vorzulegen sei über die Umsetzung des Begleitbeschlusses zum Landtagsneubau. Hans-Jürgen Scharfenberg hatte daran erinnert, dass es – begleitend und als Bestandteil des Beschlusses zum B-Planentwurf Landtagsneubau im Januar 2007 – Festlegungen gegeben hatte, von denen DIE LINKE ihre Zustimmung abhängig gemacht hatte.

Daher sollte mit dem begleitenden Beschluss gesichert werden, dass Schlussfolgerungen aus den Bedenken der Bürger gezogen und wichtige andere Aufgaben nicht vernachlässigt werden: Die Verkehrsneuordnung sollte auf das Notwendigste beschränkt werden, die Sanierung des Alten Rathauses sollte bis 2010 und der Stadt- und Landesbibliothek bis 2011 abgeschlossen sein, ein Sanierungsprogramm von 55 Millionen Euro für staatliche Schulen und die Kitas bis 2011 sollte aufgelegt werden, Eigenmittel für die Inanspruchnahme von

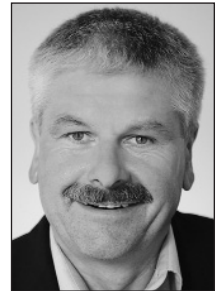
Fördermitteln für die Neubaugebiete der Stadt gesichert werden, eine zügige Entwicklung der bis dato vernachlässigten Speicherstadt sollte begonnen werden, die Bürger sollten verstärkt in Entscheidungen einbezogen werden und der Landtag sollte sich als „Haus der Demokratie“, das allen Bürgern offen steht, in der Mitte der Stadt präsentieren. Einiges ist sicher in Gange gekommen mit diesem „Begleitbeschluss“, das den Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt, was das Antlitz der Stadt und den Zustand von Schulen und Kitas betrifft, wenn auch nicht alles termingerecht realisiert wurde.

Anderes ist offen geblieben und bedarf der Erinnerung im Namen der Stadtverordnetenversammlung, denn schließlich ist es ihr eigener Beschluss gewesen, der zu bilanzieren wäre.

Doch die Rathauskooperation stimmte stumm dagegen. Nicht ein einziger sprach gegen eine Bilanzvorlage. Was hätte man auch dagegen sagen sollen, ohne sich zu entlarven und lächerlich zu machen.

Mit auf den Weg...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer, es war wie immer. In seinem Bericht an die Stadtverordneten reihte der Oberbürgermeister Erfolgsmeldung an Erfolgsmeldung. Problemen wich er gekonnt aus. Kritische Nachfragen



wurden bissig mit dem Vorwurf kommentiert, man könne sich nicht freuen. Dabei ist die Mehrzweckhalle im Luftschiffhafen zweifellos ein lange erwarteter großer Fortschritt für den Potsdamer Sport. Aber nach wie vor sind die Bedingungen für die Nutzung der Halle und ihrer technischen Ausstattung durch die Vereine nicht geklärt.

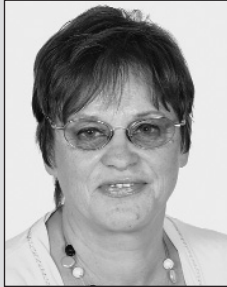
Indem der Oberbürgermeister das Werkstattverfahren für die Schwimmbadversorgung in Potsdam über den grünen Klee lobte, ignorierte er völlig, dass diese komplizierte und zeitlich sehr ausgedehnte Form der Bürgerbeteiligung zu spät stattfindet und eben nicht für jeden zugänglich und auch nicht ergebnisoffen ist. So ließ und lässt Herr Jakobs keine Gelegenheit ungenutzt, für das von ihm angestrebte Ziel zu werben. Er will ein großes Sport- und Freizeitbad im Bornstedter Feld und den Abriss der Schwimmhalle am Brauhausberg.

Erst auf Nachfrage teilte er widerwillig mit, dass die Wertermittlung für das von den Stadtverordneten als künftiger Tierheimstandort favorisierte Sago-Gelände gegenwärtig erfolgt. Im Hauptausschuss hatte er mitgeteilt, dass Potsdam eigentlich gar kein Tierheim brauche. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Transparenz kommunaler Unternehmen ist es inakzeptabel, dass die Stadtverordneten aus der Zeitung von der Besetzung der Schlüsselstelle der Leitung dereteiligungsverwaltung erfahren. Ein solches Vorgehen stellt das Bemühen um mehr Transparenz in Frage.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Soziales Engagement der Fraktion und der Mitglieder der Linken ist nicht saisonbedingt

Der Dezember jedes Jahres ist Spendenzeit. Auch in diesem Jahr standen Spenden für die Menschen in der Suppenküche der Volkssolidarität, für Ältere und Al-



leinstehende in der Begegnungsstätte am Kiewitt und weitere Aktionen auf der Tagesordnung unserer Mitglieder und der Fraktion DIE LINKE. In diesem Jahr erhielt die Suppenküche von der Fraktion eine große Kaffeemaschine, Rolf Kutzmutz hatte für das Feiertagsessen wieder eine private Spende in Form eines Kasselerbratens und Gemüsekonserven bereitgestellt und des Weiteren das Wildschweinessen in der Pension Mark Brandenburg für bedürftige Senioren der VS initiiert.

Darüber hinaus ist es in den Gruppen der Volkssolidarität (VS) das ganze Jahr über Tradition, sich für Bedürftige zu engagieren. Das spiegelt sich wider in Sachspenden für die Menschen in der Suppenküche (Körperpflegeartikel, Kleidung, Konserven), Spenden für die Kinder im Wohnverbund der VS oder in Kindereinrichtungen im eigenen Wohngebiet. Soziales Engagement heißt für meine Fraktion auch, sich für die Belange der Bürger das ganze Jahr einzusetzen, speziell in sozialen Fragen wie dem Erhalt bezahlbarer Wohnungen in Potsdam, der Erarbeitung von Schwerpunkten für den Teilhabeplan der Stadt gemäß den Forderungen der UN Konvention für Menschen mit Behinderungen oder das Einfordern von Möglichkeiten echter Bürgerbeteiligung zu wichtigen Entscheidungen, die die Lebensbedingungen der Bürger betreffen.

Bei wichtigen Fragen wie kostenloses Schüleressen, Optimierung des ÖPNV, Gestaltung der Nahversorgung in den Stadtgebieten, Tierheimneubau u.v.m. immer am Ball zu bleiben, ist unser Markenzeichen. Darauf kann sich der Bürger verlassen.

Allen, die daran ihren Anteil haben, ein Dankeschön! Je mehr wir werden, um so größer sind unsere Chancen für den Erfolg.

Dr. Gabriele Herzel
Mitglied im Sozialausschuss
und Vorsitzende der VS Potsdam

Schilder der „Brücke des Friedens“

Ein Schild der „Brücke des Friedens“ sei bereits gestohlen worden, antwortete Burkhard Exner auf die Frage von Ralf Jäkel. Die Schilder seien wie die Brücke Eigentum des Wasserstraßenamtes, das bereit sei, das verbliebene Schild nach Abbau und Aufarbeitung zur Verfügung zu stellen, um es in geeigneter Weise am Ersatzneubau der Brücke wieder anzubringen.

Erweiterung der Siedlung „Am Brunnen“

Dr. Sigrid Müller hatte Kritiken von Anwohnern der Siedlung „Am Brunnen“ gegen eine Machbarkeitsstudie im Auftrag der Stadt zur Erweiterung der Siedlung aufgegriffen. Burkhard Exner erklärte, dass es eine Anfrage der PBG nach dem Bau zusätzlicher Wohnungen im Siedlungsgebiet gegeben habe. Daraufhin habe die Stadt eine Machbarkeitsstudie zur Ergänzung der Siedlung in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse würden öffentlich vorgestellt und im Februar im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen beraten.

Ehrenamtspass

Seit 2010 werde auf Antrag der LINKEN das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern mit einem „Ehrenamtspass“ dokumentiert. Wie wird dieser durch entsprechende Leistungsangebote in der Stadt inhaltlich ausgestaltet, fragte Hans-Jürgen Scharfenberg. Elona Müller-Preinesberger erklärte, dass sich die Stadt seit Mai 2010 dem Land angeschlossen habe, die Staatskanzlei habe bisher über 1000 Brandenburgern den Ehrenamtspass übergeben. Ehrenamtler würden besonders gewürdigt, veröffentlicht und zu Festveranstaltungen eingeladen, für ihre Tätigkeit mitunter unentgeltlich qualifiziert. Über Ehrenamtler in der Landeshauptstadt gebe es keine Statistik. In Potsdam erhalten Passinhaber zweimal im Jahr 30 Prozent Ermäßigung im Hans-Otto-Theater.

Freiwillige Tourismusabgabe

Im Zuge der Diskussion über einen Parkeintritt (die meisten Tourismusvertreter befürworten den Eintritt) werde auch über die freiwillige Tourismusabgabe gesprochen, teilte Oberbürgermeister

Jann Jakobs auf die Frage von Hans-Jürgen Scharfenberg mit. Man könne sich die freiwillige Abgabe vorstellen, wolle aber über die Verwendung mitbestimmen, zum Beispiel für Messeauftritte, und Ausschilderung. Auf jeden Fall solle sie nicht als weitere Quelle der Stiftung Schlösser und Gärten dienen. Als nächstes sei unter den Tourismusangebietern eine Befragung geplant. Zu bedenken sei aber auch, dass von den Einnahmen zur Hälfte der Einzelhandel profitiert.

Bürgerdialog im Internet

Dr. Karin Schröter erinnerte an einen Beschluss der SVV vom 3.11.2010, nach dem Anfang 2011 ein Konzept für direkte Kommunikationsmöglichkeiten mit den Bürgern über eine entsprechende Internetplattform vorgelegt werden sollte. Der Oberbürgermeister verwies auf das Werkstattverfahren zur Bürgerbeteiligung, das noch nicht abgeschlossen sei. Darin sei der Bürgerdialog ein Bestandteil. Die Stadt sei bereits über Twitter und Facebook aktiv, das Forum: „direkt zu“ sei aufwändig und zu kostenintensiv. Auf Nachfrage sagte Jakobs, er werde „überlegen“, seine neu eingeführte Kolumne im Internet auch als Dialog zu schalten.

Top-Level-Domain .Potsdam

Nach Rücksprache mit den städtischen Gesellschaften und mit dem Hasso-Plattner-Institut sei er der Überzeugung, dass eine Bewerbung um eine eigene Top-Level-Domain sich nicht rentiere, erklärte Oberbürgermeister Jakobs auf die Frage von Peter Kaminski. Der Erwerb der Domain „Potsdam“ koste 188.000 € und dazu 100.000 jährlich. Die Gefahr, dass jemand die Seite erwerbe und sich dann teuer bezahlen ließe, bestehe nicht, weil Potsdam immer erst gefragt werden müsse. Daher bestehe zur Zeit kein Handlungsbedarf.

Gedenkstätte Lindenstraße

Ein Werkstattverfahren soll die Entscheidung bringen, in welcher Form und unter welcher Leitung die Gedenkstätte Lindenstraße künftig existieren soll, sagte Jann Jakobs auf die Frage von Karin Schröter. Die Ausschreibung für 4,5 Stellen werde bereits vorbereitet. In der Kulturausschusssitzung im März in der Lindenstraße sollen die Varianten diskutiert werden.

Nach Bericht des OB

Heiner-Carow-Platz

Der bereits ausgeschilderte Heiner-Carow-Platz sollte am 31. Januar anlässlich seines 5. Todestages feierlich eingeweiht werden. Warum sei dies nicht geschehen, fragte Birgit Müller nach dem Bericht des Oberbürgermeisters. Es sei einfach versäumt

worden und werde nun bei nächster Gelegenheit, am 29. April (dem Jahrestag der Uraufführung seines Erfolgsfilmes „Die Legende von Paul und Paula“) nachgeholt. Kommentar von Sigrid Müller: „Beschämend.“

Tierheim

Eine abschließende Bewertung des SaGo-Geländes für ein Tierheim liege noch nicht vor, antwortete Jakobs auf die Frage von Hans-Jürgen Scharfenberg.

Kraftprobe zwischen SVV und OB

Zum zweiten Mal haben die Stadtverordneten eine Straßenreinigungssatzung in dem Wortlaut beschlossen, der bereits im Dezember vom Oberbürgermeister offiziell beanstandet worden war.

Konkret geht es um die Reinigungsklasse 2, in der Straßen ausschließlich für Maschinenreinigung ausgewiesen werden. Diese Klassifizierung, die auch 2011 schon galt, sei inzwischen als rechtswidrig erkannt worden. Demzufolge sei der Beschluss förmlich zu beanstanden und eine neue Abstimmung herbeizuführen, meinten und meinen der Oberbürgermeister und seine Verwaltung, denn die Systematik der Gebührenerhebung richte sich ansonsten nach dem Grad der Inanspruchnahme der Straße und nicht nach der Art und Weise der Leistung. Auch mehrere Kompromissversuche von Stadtverordneten in der Klassifizierung waren gescheitert.

Alle Appelle der Verwaltung halfen wenig, zumal die Mehrheit der Abgeordneten an der Rechtsauffassung der Verwaltung zweifelt. Der Stadtverordnete Klaus Rietz (ANW)

hatte gar ein Schreiben der Landeshauptstadt in einem Verwaltungsgerichtsverfahren vom August 2011 vorgelegt, in dem sich die Stadt auf die vom OVG Berlin Brandenburg festgestellte Rechtmäßigkeit dieses Verfahrens beruft. Es könne doch kaum sein, dass man dem Bürger gegenüber einerseits die Rechtmäßigkeit nachweist und ein paar Monate später die Rechtswidrigkeit den Stadtverordneten gegenüber beweisen will, meinte Rietz.

In namentlicher Abstimmung bestätigten die Stadtverordneten die vorgelegte Satzung erneut. Der Oberbürgermeister wird die Satzung nun zum zweiten Mal beanstanden. Jetzt wird die Kommunalaufsicht über die Rechtmäßigkeit und die Gültigkeit entscheiden.

Um den Schaden zu verringern (die Stadt kann ohne Satzung keine Gebühren erheben), folgten die Stadtverordneten einem Dringlichkeitsantrag des BürgerBündnisses, den Winterdienst von der Straßenreinigungssatzung abzukoppeln und ihn gesondert zu beschließen.

Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Potsdam

Nach einem Jahr Laufzeit wollte DIE LINKE wissen, wie sich das Bildungs- und Teilhabepaket, mit dem die finanzielle Unterstützung für Kinder bedürftiger Familien neu geregelt wurde, in Potsdam auswirkt.

Zum 31.12.2011 gab es Anträge für 3141 Kinder (von 5480 Berechtigten), davon die meisten für die Mittagsverpflegung (1994) und Schulbedarf (2710). „Von den insgesamt 3141 auf 6584 Leistungen gestellten Anträgen wurden 2998 Anträge auf 6433 Leistungen bewilligt. Einer der Ablehnungsgründe war in 33 Fällen, dass für die Schülerbeförderung nicht die nächstgelegene Schule des gewählten Bildungsganges besucht wird. Hier, so waren sich die Stadtverordneten einig, widerspreche die Regelung dem grundsätzlichen Schulwahlrecht und müsse nachgebessert werden.“

Sechs zusätzliche Mitarbeiter sind für die Bearbeitung der Anträge eingestellt worden. Insgesamt waren von der Landeshauptstadt 3.376.166 Euro vom Bund zur Verfügung gestellt worden.

Anträge überwiesen

Kita-Info und -Anmeldung online

In den Jugendhilfeausschuss wurde der Antrag überwiesen, nach erfolgreicher Einführung des Kita-Tipps diesen zu einem umfassenden Online-Informations- und Anmeldesystem weiter zu entwickeln.

Stadt- und Landesbibliothek

Eine befristete künstlerische Gestaltung der Brandwände der Stadt- und Landesbibliothek soll im Kulturausschuss beraten werden.

Jugend und Wohnen in Potsdam

Die unmittelbare Einbeziehung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Erarbeitung des Wohnungspolitischen Konzepts der LHP, das im September 2011 beschlossen worden ist, wurde in die Ausschüsse Gesundheit und Soziales sowie Stadtentwicklung und Bauen überwiesen.

Schülerfahrtkosten

In die Diskussion zum Haushalt 2012 soll der Antrag der LINKEN einbezogen werden, der die Einsparungen im städtischen Haushalt für die Schülerbeförderung durch

das Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes zur weiteren Subventionierung des Potsdam-Schülertickets vorschlägt.

Stiftung Freier Uferweg Griebnitzsee

Mit der Auslegung des B-Planes zum Uferweg Griebnitzsee – als wichtigste Voraussetzung für die Zweckbestimmung – könnten nun die Vorbereitungen für eine Stiftung Freies Ufer Griebnitzsee begonnen werden. Der Antrag wird im Hauptausschuss behandelt.

Änderung des Gesellschaftsvertrages der EWP

Zwei Anträge zur Änderung des Gesellschaftsvertrages standen gegeneinander: Während der der Verwaltung zwölf Aufsichtsratsmitglieder vorsieht, schlägt die LINKE 16 vor. Allerdings, wie Hans-Jürgen Scharfenberg vorrechnete, hätten damit im Verwaltungsvorschlag die kleinen Fraktionen keine Vertretung im Aufsichtsrat. In ihrem Vorschlag stellt die LINKE ihren dritten Sitz zur Verfügung. Außerdem schlage sie einen Vertreter der Belegschaft im Aufsichtsrat vor.

Dies sei mit dem Mitgesellschafter E.ON edis nicht zu machen, teilte der Oberbürgermeister mit. In den Vorgesprächen sei

die Höchstgrenze bei zwölf gesetzt worden, ein Vertreter der Arbeitnehmer erhielt Gaststatus mit Teilnahme- und Rederecht.

Damit gab sich die Mehrheit der Stadtverordneten nicht zufrieden. Die Vergrößerung des Aufsichtsrates sei schließlich ein Vorschlag der Transparenzkommission. Das Thema soll im Hauptausschuss mit dem Mitgesellschafter ausdiskutiert werden.

Abgelehnt

Weiter wie bisher

Nur knapp lehnte die SVV einen Antrag ab, mit dem der Oberbürgermeister aufgefordert werden sollte, Inhalte und Vorlagen für die Stadtverordnetenversammlung nicht vor deren Einbringung in Pressegesprächen öffentlich vorzustellen. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete (eigentlich im Sinne aller Fraktionen), dass die Stadtverordnetenversammlung mit selbstbewussten Fraktionen und eigenen Anträgen souverän auftrete, dass die Verwaltung aber immer wieder den Eindruck in der Öffentlichkeit erwecke, sie gebe die Richtung vor. Mit 19 zu 20 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.

Was – wann – wo?

Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.025, Beginn jeweils 18 Uhr
06.; 13.; 20. und 27. Februar 2012;
05.; 12.; 19. und 26. März 2012

42. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal
07. März 2012, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen

„Rathausreport live“

Bürgertreff Waldstadt,
Saarmunder Straße 32, Stadtteil
Waldstadt II

11. März 2012, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“

Nummer 2/2012

Stadthaus, Raum 3.107
16. – 21. März 2012 (außer Sa. und
So.)

Info-Stände in den Stadtteilen:

16. März 2012

14:30 Uhr Kepler-Platz/Am
Stern
15:30 Uhr Havel-Nuthe-
Center / Drewitz
16:00 Uhr Haltestelle
Fr.-Wolf-Str./
Waldstadt II

17. März 2012

10:00 Uhr Weberplatz/
Babelsberg
10:00 Uhr REWE-Kaufhalle/
Zentrum Ost
10:30 Uhr Kaiser's/Kirchsteig-
feld

Bürgersprechstunde

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender und MdL,

am 16. Februar 2012 um 17.30 Uhr
im Bürgerbüro, Galileistraße 37/39
(Bürgerhaus Stern*Zeichen)
Anmeldungen sind möglich
unter: Tel.: 0331/600 50 69;
Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Beschlossen

Halt für Regionalzüge in Charlot- tenhof und Park Sanssouci

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, da-
rauf zu drängen, dass während der vorgese-
henen Streckensperrungen und darüber hin-
aus die Regionalzüge auf den Bahnhöfen
Charlottenhof und Park Sanssouci halten.

Wohnungsbauauforderung

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,
verantwortliche Landespolitiker zu einer Ge-
sprächsrunde über die besondere Situation
der Landeshauptstadt im Wohnungsbau und
bei der Sicherung von ausreichendem be-
zahlbaren Wohnraum einzuladen. Ein Appell
an die Potsdamer Landtagsabgeordneten,

sich dafür einzusetzen, wurde ebenfalls an-
genommen.

Masterplan Gartenstadt Drewitz

Der Masterplan für die Gartenstadt Drewitz
wurde mit einer Ergänzung der Fraktion der
LINKEN beschlossen. Sie wollte hinzu gefügt
haben, dass bei auftretenden Problemen in
der Umsetzung die zuständigen Gremien,
der Ausschuss, die Bürgervertretung und die
Stadtteilräte unverzüglich informiert werden.

Stiftung Garnisonkirche

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert,
im März 2012 über seine Tätigkeit als Vertreter
der Landeshauptstadt im Kuratorium der
Stiftung Garnisonkirche zu berichten.

Frühschoppen „Rathaus-Report Live“ in Potsdam-West

Es geht sie alle an, was Hans-Jürgen Scharfenberg
im Club 91 in Potsdam West über die Stadtverord-
netenversammlung erzählt, welche Anträge die
LINKE gestellt hat und warum. Auch die weiteren
Themen werden besprochen: das Werkstattverfahren
zur Schwimmbad-Standortdiskussion, von dem Karin
Schröter sagt, die gewählte Methodik sei für eine
breite Mitwirkung der Bevölkerung falsch gewesen.
Ralf Jäkel, der bisher alle sechs Tage mit beraten
hatte, zweifelt ebenfalls am Sinn des Verfahrens. Es
sei nichts Greifbares herausgekommen, und bisher
auch nicht ansatzweise die für den Bürgerentscheid
vorzulegenden Varianten. Hans-Jürgen Scharfenberg
stellt Zusammenhänge dar zwischen Erlös aus der
Bebauung des Brauhausberges, der Finanzierung
des Freizeitbades im Borstedter Feld, dessen Kos-
ten-Klein-Rechnung und -Hoch-Rechnung der Sa-
nierungskosten für die Schwimmhalle Brauhausberg.
„Hier wird eine öffentliche Variantendiskussion vor-
gespielt, und die eigentliche Entscheidung spielt
sich woanders ab.“ Und im Forum wird die Meinung
bestätigt: Spielt denn die Erreichbarkeit vor allem
auch für Schulklassen überhaupt keine Rolle?

Baubeigeordneter Matthias Klipp ist wieder zum
Rathausreport Live gekommen, er will zum gerade
veröffentlichten Stadtentwicklungskonzept Verkehr
Rede und Antwort stehen. Es gehe darum „nach-
haltige Mobilität“ in Potsdam zu gewährleisten.
Potsdam sei eine wachsende Stadt mit geografisch
und durch das Weltkulturerbe begrenzten Verkehrs-
wegen. Daher „müssen wir uns mit dem beschränken,



was wir haben“. Die Bewohner von Potsdam West
haben einen Verkehrsschwerpunkt ständig vor Augen:
die Zeppelinstraße, die vor allem morgens und
abends im Verkehr erstickt. Der Pendlerverkehr sei
für Potsdam das größte Problem, sagt Matthias
Klipp. Das Konzept setze dem die Entwicklung des
ÖPNV mit der Verstärkung des Bus- und Straßen-
bahnnetzes, Park & Ride von den Stadträndern,
Mobilitätsberatung bei Unternehmen, Förderung
des Fahrradverkehrs entgegen. Dem „gefühlten“
Problem Lkw-Durchgangsverkehr widerspricht Klipp:
Zählungen hätten nur 5 % Lkw-Verkehr ergeben und
davon nur einen verschwindend geringen Teil Durch-
gangsverkehr. Die große Sorge der Anlieger mit dem
Bahnhof Charlottenhof sei im Blick, aber kranke an
den Zuständigkeiten und den langen Wegen, Pro-
blemlösungen zu veranlassen.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen
Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469
Potsdam

E-Mail: DIE LINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam